



WIRTSCHAFTSJUNIOREN
NORDRHEIN-WESTFALEN E.V.

Wirtschaftsjunioren Nordrhein-Westfalen e.V.
Heinrich-Kamp-Platz 2 · 42103 Wuppertal

Landtag Nordrhein-Westfalen
Enquetekommission EK III
Herrn Dr. Stefan Nacke MdL
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/2009

A42

Wuppertal, 7. November 2019

Stellungnahme der Wirtschaftsjunioren Nordrhein-Westfalen zur schriftlichen Anhörung der Enquetekommission III

Sehr geehrter Herr Dr. Nacke,
sehr geehrte Damen und Herren,

gerne kommen wir als Wirtschaftsjunioren Nordrhein-Westfalen auf Ihre Anfrage vom 20. September 2019 zurück. Wir begrüßen die Möglichkeit der Verbände-Konsultation und übersenden Ihnen anbei gerne unsere Stellungnahme zum Thema „Ungleiche Verteilung von Partizipationschancen“.

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen sowie die weitere Zusammenarbeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Jeannine Budelmann
Landesvorsitzende 2019

Wirtschaftsjunioren
Nordrhein-Westfalen e.V.

▶
Heinrich-Kamp-Platz 2
42103 Wuppertal

Telefon +49 (0) 202 - 24 90 200
Telefax +49 (0) 202 - 24 90 799

info@wjnrw.de
www.wjnrw.de

▶
Stadtparkasse Wuppertal
IBAN: DE92 3305 0000 0000 8886 93
BIC: WUPSD33XXX

Steuer-Nr. 132/5907/0266
Vereinsregister-Nr. VR 3274

unterstützt durch:



Schriftliche Anhörung
Enquetekommission III

Kommunalpolitisches Ehrenamt und politische Partizipation stärken

Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“

Fragenkatalog

Stellungnahme: bis Donnerstag, 7. November 2019
E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de
Stichwort: „EK III – Ungleiche Verteilung von Partizipationschancen – schriftliche Anhörung“

1) Wie beschreiben Sie die Situation von Menschen Ihrer Interessensgruppe, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten und/oder kommunalpolitisch aktiv sind?

Die einzelnen Kreise der Wirtschaftsjunioren umfassen Mitglieder bis zu einem Alter von 40 Jahren. Da eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft darin liegt, Unternehmer oder Führungskraft zu sein, liegt der Großteil der Mitglieder im Bereich 30 bis 40 Jahre. Dies ist die Zeit im Leben, die durch eine starke berufliche Belastung gekennzeichnet ist und häufig ebenso durch die Gründung einer Familie. Häufig sind unsere Mitglieder auch in anderen Vereinen aktiv. Ehrenamtlich bei den Wirtschaftsjunioren aktiv zu sein bedeutet ebenfalls einen nicht unerheblichen zeitlichen Aufwand. Unsere Mitglieder zeichnen sich also durch ein Interesse an aktiver, ergebnisorientierter Arbeit vor Ort aus und gleichzeitig durch ein sehr begrenztes Kontingent an Zeit. In vielen Kreisen gibt es die Möglichkeit eines Austauschs auch mit der Kommunalpolitik, sodass unsere Mitglieder die Möglichkeit haben, auf diesem Weg konkrete Themen – insbesondere aus dem Einflussbereich der lokalen Politik – anzusprechen und im direkten Kontakt einen produktiven und zielführenden Austausch zu pflegen. So fließen wertvolle Anregungen und Forderungen der Vertreter der jungen Wirtschaft überparteilich in den politischen Willensbildungsprozess ein.

2) Mit welchen Herausforderungen ist Ihre Interessensgruppe im Bereich politischer Beteiligung konfrontiert? Gibt es konkrete Hindernisse, die einem kommunalpolitischen Engagement entgegenstehen?

Wie zu Frage 1 beschrieben, engagieren sich unsere Mitglieder in einem Lebensabschnitt, in dem sie beruflich und privat in besonderem Maße gefordert sind. Für ein zusätzliches Engagement in der Kommunalpolitik fehlt dann oftmals die Zeit. Dazu trägt aber zum Beispiel auch bei, dass sich die Anfangszeiten für Ausschuss- oder Ratssitzungen meist nicht mit Beruf und Familie vereinbaren lassen. Wir haben von Mitgliedern die Rückmeldung erhalten, dass spätere Anfangszeiten unter der Woche (Montag bis Donnerstag) deutlich attraktiver für ein kommunalpolitisches Engagement wären.

3) Welche Bedingungen müssten sich verändern, damit eine höhere politische Beteiligung Ihrer Interessensgruppe in der Kommunalpolitik erreicht werden kann?

Aktive Beteiligung in der Kommunalpolitik in Form der Mitarbeit in einer politischen Partei oder sogar die Übernahme von Verantwortung in einem kommunalen politischen Gremium ist in aller Regel geprägt durch eine intrinsische Motivation der Person. Sie will Nutzen stiften. Ihr geht es dabei nicht um die Höhe der Aufwandsentschädigung, so dass deren Erhöhung nach unserer Einsicht keinen entscheidenden Einfluss auf eine höhere kommunale Politikbeteiligung haben dürfte. Vielmehr erwartet die Person natürlich auch eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung für sein Engagement. Diese Anerkennung bleibt nach unserer Auffassung oftmals verwehrt und es wäre interessant zu untersuchen, ob sie in den vergangenen Jahren sogar noch weiter abgenommen hat. Auf jeden Fall sollte hier Aufklärungsarbeit geleistet werden. Der Bevölkerung muss (wieder?) klar werden, welcher hohe gesellschaftliche Nutzen mit dem kommunalpolitischen Engagement einzelner Menschen verbunden ist.

Um das Bewusstsein für den politischen Willensbildungsprozess noch weiter zu schärfen, könnten allgemeine, überparteiliche Informationsformate helfen, bei denen die Politik in kurzer Zeit und auf prägnante Art und Weise einen niederschweligen Einblick in den politischen Ablauf erlaubt. Ein – allerdings aufwendigeres – Format dieser Art sind die auf Bundes- und Landesebene bei den Wirtschaftsunioren etablierten „Know-How-Transfers“ zwischen Politik und Wirtschaftsunioren. Hier begleiten Wirtschaftsunioren über mehrere Tage Politiker bei ihrer politischen Arbeit. Diese „Know-How-Transfers“ werden teilweise auch auf kommunaler Ebene durchgeführt.

Fasst man den Begriff der politischen Beteiligung breiter, so ist zu sagen, dass die Wirtschaftsunioren in NRW sehr unterschiedlich in der Kommunalpolitik in Erscheinung treten. Häufig werden vor Wahlen Veranstaltungen mit Kandidaten organisiert, die auch einem Austausch mit den Vertretern der jungen Wirtschaft dienen. Auch gibt es zwischenzeitlich unterschiedlich stark ausgeprägte Gespräche mit lokalen Amts- und Mandatsträgern bis hin zur jeweiligen Stadtspitze. Die Wirtschaftsunioren können als Ideengeber und kompetenter Ansprechpartner in wirtschaftlichen Fragen zur Verfügung stehen. Ideen, wie Wirtschaftspolitik lokal vor Ort gut betrieben werden kann, sind vorhanden. Eine stärkere Wahrnehmung des Verbands durch die einzelnen politischen Akteure wäre wünschenswert.

4) Gibt es eine spezifische zusätzliche Belastung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? Falls ja, wie kann diese bei politischen Lösungsansätzen berücksichtigt werden?

Hierzu verweisen wir auf unsere Informationen zu den aus unserer Sicht oftmals ungünstigen Terminsetzungen und die mangelnde Digitalisierung der kommunalpolitischen Arbeit.

5) Welche Rolle spielt die Digitalisierung? Kann Digitalisierung kommunalpolitische Teilhabe und kommunalpolitisches Engagement verändern?

Die Vorteile der Digitalisierung auch für die kommunalpolitische Arbeit zu nutzen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Rückmeldungen unserer Mitglieder zeigen, dass diese Vorteile bisher sehr unterschiedlich genutzt werden. Die Zurverfügungstellung von Sitzungsunterlagen – auch historischen Dokumenten aus den Vorjahren – in geschützten Onlineportalen bildet dabei die Grundlage zeitgemäßer Sitzungsorganisation. Auch die Durchführung bestimmter Gesprächsformate und Sitzungen in Form von Videokonferenzen könnte teilweise entlastend wirken.

Wird Digitalisierung über die Arbeit in entsprechenden Gremien hinaus betrachtet, so ist festzustellen, dass sie Chancen bietet, weil der Informationsanspruch interessierter Bürgerinnen und Bürger durch transparente Prozesse und vereinfachtere Zugänge besser bedient werden kann.

Formate wie Onlinebefragungen und Informationen des Rates sind so auch der Öffentlichkeit besser vermittelbar. Auch bieten sich Möglichkeiten der Einbindung von Bürgern durch die Bereitstellung von mehr Information. So wären beispielsweise mehr Statistiken und eine stärkere Transparenz im Bereich "Open Data" wünschenswert. Hier werden Daten der Stadtverwaltung anonymisiert der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Die Wirtschaftsunioren sprechen sich für Digitalisierung aus, da sie die Mitwirkung an politischen Mechanismen bzw. die politische Teilhabe fördert.

- 6) **Wie viel Einfluss haben die Rahmenbedingungen, wie z. B. steigender Zeitaufwand und Aufgabenvielfalt? Welche Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Partizipation auf kommunaler Ebene erleichtern?**

Auf diese Aspekte wurde im Rahmen der anderen Fragestellungen eingegangen.

- 7) **Welche Rolle spielt die gesellschaftliche Wertschätzung bei der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats?**

Triebfeder des Engagements der Mitglieder der Wirtschaftsunioren ist nach unserer Erfahrung grundsätzlich primär die Möglichkeit, einen Beitrag zu einer positiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ihres jeweiligen Umfeldes zu leisten. Die Wertschätzung für dieses Engagement ist dabei weniger Motivator als strenge Nebenbedingung. Die offene negative Haltung in Teilen der Gesellschaft, die gerade lokalpolitisch Tätige aufgrund des engen und unmittelbaren Kontaktes oftmals – ganz unabhängig von konkretem eigenem Handeln und unabhängig von lokalen Themen – trifft, kann allerdings dazu führen, dass ein Engagement unterbleibt.

- 8) **Welche Weiterbildungs- oder medienpolitischen Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Beteiligung in der Kommune erleichtern?**

Die notwendigen und sinnvollen Angebote lassen sich in unterschiedliche Bereiche aufgliedern:

- Grundlagen / Mechanismen der Kommunalpolitik
 - Wie funktionieren Parteien / Fraktionen / Interessengruppen?
 - Wie bringe ich meine Ideen in den politischen Prozess ein?
 - Wie gestalte ich mein Umfeld?
 - Wie funktioniert kommunale Politik? (inkl. Best practices)
- Finanzen und wirtschaftliche Zusammenhänge (gerade für aktive Kommunalpolitiker wichtig), z.B.:
 - Wie wird ein Kommunalhaushalt aufgestellt?
 - Welche finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge gibt es zwischen den Gebietskörperschaften

- 9) **Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen hat die von Ihnen vertretene Interessengruppe an die politischen Akteure, um die Unterrepräsentanz von sozialen Gruppen im kommunalpolitischen Ehrenamt abzumildern?**